

<b>Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b> <b>Status:</b> <b>Datum:</b> <b>Eingang:</b>	<b>VO/0659/2005</b> <b>öffentlich</b> <b>08.11.2005</b> <b>08.10.2005</b>	<b>TOP</b>
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

## **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Keine Privatisierung der Wasserversorgung**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Die Universitätsstadt Marburg verpflichtet sich jetzt und in Zukunft, die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht zu privatisieren.**

**Eine Übertragung dieser Aufgaben an eine Gesellschaft mit privater Rechtsform ist nur zulässig, wenn sich diese ausschließlich in öffentlicher Trägerschaft befindet.**

### **Begründung:**

Das wertvolle Naturgut Wasser ist eine elementare Grundlage des Lebens auf unserem Planeten. Die Versorgung der Menschen mit sauberem Trinkwasser und die Entsorgung der Abwässer auf hohem ökologisch-technischem Standard gehört zu den unverzichtbaren Teilen kommunaler Daseinsvorsorge. Diese darf nicht dem allein auf Gewinnerzielung ausgerichteten und der Spekulation ausgesetzten „freien“ Markt überlassen werden. Dies würde zu ähnlichen Verhältnissen wie auf dem Ölmarkt und damit zu weiteren finanziellen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger führen, die für viele Menschen zumindest eine Beeinträchtigung ihrer elementaren Lebensgrundlagen brächte.

Daher ist es wichtig, dass die Stadt Marburg ein deutliches Zeichen setzt und ihren Bürgerinnen und Bürgern Gewissheit gibt, zu ihrem Wohl jetzt und in Zukunft die Verantwortung für eine sichere Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zu tragen.

gez. Dr. Ralf Musket  
gez. Pandelis Chatzievgeniou

gez. Manfred Keller  
gez. Rainer Florschütz